

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telefax: 05 85 845-48 ppbn d

Inhalt

Alwin Brück, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, fragt nach den Menschenrechten in den Entwicklungsländern.

Seite 1/2

Dr. Erhard Eppler, SPD-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, setzt sich mit der Doppelzüngigkeit der CDU in Fragen der inneren Sicherheit auseinander.

Seite 3/4

Kurt Mattick MdB sieht nach der Aktuellen Stunde nur noch wenig Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit der Opposition beim Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

32. Jahrgang / 236

9. Dezember 1977

Menschenrechte und Entwicklungshilfe

Die Dritte Welt wartet auf die Freiheit von der Not

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

An die Entwicklungspolitik wird oft die Vorstellung geknüpft: hier haben sich die Reichen verpflichtet, sich mit den Armen solidarisch zu verhalten. Dies sei ein moralischer Standpunkt. Entwicklungspolitik sei also ein Instrument moralischer Herkunft und folglich auch ein Mittel zur Durchsetzung von Moral. Der Staat, der sich zu solcher Moral verpflichtet hat, solle dazu beitragen, nicht nur das Los derer zu erleichtern, die im Zustand materieller Not leben, sondern auch derer, die in persönlicher Unfreiheit leben.

Dieses Argument läßt aus, daß die Grenzen staatlichen Handelns heute noch immer bei der Souveränität anderer Staaten enden.

Wenn wir an Menschenrechte denken, dann denken wir zuerst an die bürgerlichen Rechte, an Freiheit der Meinung, der Religion, an Freizügigkeit, an das Recht auf politische Betätigung, an Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, an gerechte Gerichtsbarkeit, also an die Freiheit von der Furcht, so wie sie in den Verfassungen vieler Staaten und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen niedergelegt ist. Wir denken nur selten andere Menschenrechte. An die Freiheit von der Not denken wir, die wir satt sind, zuletzt. Aber ist Pressefreiheit für jemand, der Hunger hat, das Wichtigste, das Vordringlichste? Oder

ist Sattsein nicht viel wichtiger? Viele von uns haben vielleicht noch nicht vergessen, was für uns in der Nachkriegszeit wichtiger war: der warme Ofen oder eine unbeeinflusste Presse.

Wir sollten nicht übersehen, daß viele hundert Millionen Menschen das wichtige Menschenrecht "Stattsein nicht haben. Im Artikel 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es:

"Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuß der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen."

Wie ist es damit in den Entwicklungsländern bestellt? Wir müssen feststellen, daß diese Menschenrechte in den meisten Entwicklungsländern nicht verwirklicht sind, so wenig wie die sogenannten bürgerlichen Rechte. Denn es gibt keinen Zweifel - und Amnesty International kann das bestätigen: Nur in den wenigsten Entwicklungsländern werden die Menschenrechte, so wie sie in der Allgemeinen Erklärung niedergelegt sind, geachtet. Auch nicht in solchen Entwicklungsländern, in denen man nicht gerade behaupten kann, sie würden von ausgesprochenen Tyrannen regiert.

Die Öffentlichkeit kann die Dinge beim Namen nennen. Das ist ihre Pflicht und die Hoffnung der Betroffenen; oft die einzige. Gerade das macht die Arbeit von Organisationen wie Amnesty International unschätzbar. Für den Politiker bleibt darüber hinaus die gezielte Einwirkung im Einzelfall. Sie muß oft im stillen geschehen. Anders kann sie unter Umständen nicht wirkungsvoll sein.

Für die politischen Parteien ist all dies möglich und darüber hinaus die politische Unterstützung derer, die im Exil leben. Die Entwicklungspolitik kann ihre Mittel reduzieren, vielleicht im Einzelfall sogar versagen. Aber wenn wir unsere Entwicklungshilfe einem Land versagen, weil seine Regierung die Menschenrechte mißachtet, kommen wir in ein neues Dilemma. Soll man ein ganzes Volk durch den Entzug von Entwicklungshilfe dafür bestrafen, daß es eine diktatorische Regierung hat? Oder ist es nicht schon bestraft genug? Und verletzen wir damit nicht selbst die Menschenrechte?

Wenn wir nämlich unsere Entwicklungshilfe entziehen, um zur Wiederherstellung oder zur Herstellung der bürgerlichen Freiheiten beizutragen, dann tragen wir zugleich dazu bei, daß die Menschen in dem betroffenen Land weiter in Not leben, daß heißt, wir leisten einen Beitrag dazu, diejenigen Menschenrechte zu verletzen, die in diesen Ländern an erster Stelle stehen: die Freiheit von Hunger, Not und Armut. Der Beitrag, den Entwicklungspolitik zur Verwirklichung der Menschenrechte leisten kann, ist: für eine angemessene Ressourcenübertragung zu sorgen.

(-/9.12.1977/hi/hgs)

Die Union denunziert um jeden Preis

Kongreß für Intellektuelle und Rufmord für die Dorfkeiße ?

Von Dr. Erhard Eppler MdL

Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Landesvorsitzender
und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

In den letzten Tagen hat die CDU in Bonn einen Kongreß abgehalten über die Ursachen des Terrorismus.

Wir Sozialdemokraten hatten aus dem Kongreß Hoffnungen geschöpft. Auch die Sammlung verstümmelter und aus dem Zusammenhang gerissener Zitate, mit der Herr Geißler das Anstandsgefühl der Öffentlichkeit provoziert hatte, schien damit der Vergangenheit anzugehören. Schwamm drüber.

Wir haben uns getäuscht. Ausgerechnet auf dem verdienstvollen Bonner Fachkongreß wurde von der CDU unter der Hand bereits eine neue Dokumentation verteilt, die all das noch ein wenig böswilliger aufwärmt, was Herr Geißler uns vorgesetzt hatte. Für diese neue Dokumentation zeichnet die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und als Herausgeber Herr Reddemann verantwortlich.

Und da kommt nun all das wieder, was die ganze seriöse deutsche Presse bei Herrn Geißler als Entgleisung verurteilt hatte. Nur werden diesmal die Zitate eingearbeitet in eine Zeittafel terroristischer Untaten. Es beginnt damit, daß in die Chronologie terroristischer Ereignisse die Notiz eingefügt wird:

"Berlin, 27.5. - 6.6.1968:

Verhandlungen gegen Peter Willy Brandt, Sohn des SPD-Vorsitzenden,
der Rechtsanwalt Mahler zum Verteidiger bestellt".

Verhandlungen, wie die gegen Peter Brandt, hat es in den turbulenten Jahren, vor allem 1968, viele hunderte gegeben, meist deshalb, weil junge Demonstranten nicht nach Hause gehen wollten wenn die Polizei ihre Demonstration aufgelöst hatte und weil es dann zu Handgreiflichkeiten kam. Die meisten dieser Verhandlungen haben so geendet, wie die mit Peter Brandt, entweder ohne nachweisbares Delikt oder mit 100,-- oder 200,-- DM Geldstrafe.

Fast alle diese jungen Leute, die 1968 rebelliert haben, sind, wie Peter Brandt, kritische, aber gesetzestreue Bürger der Bundesrepublik geworden. Warum taucht in

dieser Dokumentation unter tausenden ähnlicher Fälle ausgerechnet Peter Brandt auf? Nur weil sein Vater - und deshalb wird ja auch der 2. Vorname des jungen Mannes genüßlich genannt - in eine Verbindung mit dem Terrorismus gebracht werden soll. Denn schließlich ist dieser Vater seit zweieinhalb Jahrzehnten Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Und sie soll damit in den Geruch des Terrorismus gebracht werden.

Was würde wohl die CDU sagen, wenn wir all die Kinder von mehr oder minder Prominenten CDU-Leuten in einer Dokumentation zusammenstellen wollten, die ihren Eltern ähnliche Sorgen gemacht haben, wie Peter Brandt den seinen?

Wir sind nicht albern genug für solche Späße. Aber was hier mit der Nennung von Peter Brandt geschieht, ist nicht Analyse, sondern Denunziation, und zwar Denunziation um jeden Preis, auch um den Preis jedes menschlichen und politischen Anstandes.

In ähnlicher oder noch infamerer Weise verfährt Herr Reddemann mit Zitaten von Gustav Heinemann, Helmut Gollwitzer, Alexander Mitscherlich und mir.

Die CDU beschwört immer wieder die Solidarität der Demokraten. Wir halten diese Solidarität für nötig, ganz besonders im Kampf gegen den Terrorismus. Darum haben wir die CDU aufgefordert sich von der Geißler-Dokumentation zu distanzieren. Sie hat es nicht getan. Sie hat eine noch infamere nachgeschoben. Gefragt sind die vielen untadeligen Demokraten in der CDU. Wie sollen Parteien solidarisch gegen den Terrorismus kämpfen, wenn die CDU fortfährt, andere Demokraten als Sympathisanten des Terrorismus zu verdächtigen?

Wir Sozialdemokraten können doch in den Augen der CDU entweder Sympathisanten des Terrors oder Bundesgenossen gegen den Terror sein, aber doch wohl nicht beides zugleich.

Die Union muß sich entscheiden. Entweder sie geht mit uns den Weg einer sorgsamten Analyse und selbstkritischen Bestandsaufnahme; so wie es auf ihrem Bonner Kongreß in Ansätzen versucht wurde. Oder sie setzt gegen uns jenen Mechanismus des Rufmordes in Gang, den die EKD-Synode in Saarbrücken gemeint hat, als sie erklärte, die Antwort auf Mord könne und dürfe nicht der Rufmord sein.

Beides gleichzeitig geht nicht: Kongresse für die Intellektuellen und Rufmord für die Dorfknäpfe. Das wäre zu schlau, als daß es klug sein könnte. Man kann dann so tun, als hätte es noch nie ein 8. Gebot gegeben.

Wer so handelt, zerstört mehr als seine eigene Glaubwürdigkeit.

(-/9.12.1977/hi/hgs)

Weniger lautstarke Anklagen oder Propaganda

Anmerkungen zur Menschenrechtsdebatte im Bundestag

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Der CDU-Abgeordnete Dr. Marx hatte seine Rede in der Menschenrechtsdebatte des Deutschen Bundestages mit der Bemerkung eingeleitet: "Überall wo die Menschenrechte gefährdet sind, sollte es in diesem Hause zu einer gewissen Zusammenarbeit kommen."

Der Ablauf der Debatte mußte allerdings jeden davon überzeugen, daß für eine solche Zusammenarbeit sehr wenig Voraussetzungen gegeben sind. Die Opposition befindet sich in dem schrecklichen Zwiespalt, daß sie der KSZE zunächst nur eine negative Bedeutung zugemessen hat. Sie sei, wie sie es damals sagte, eine Möglichkeit, den sowjetischen Einfluß auf Westeuropa zu verstärken. Inzwischen hat sie begriffen, daß dies eine Fehleinschätzung war. Die KSZE hat sich ohne Zweifel bewährt. Nur wer mit Illusionen in diesen Prozeß hineingegangen ist oder mit der absoluten Verneinung, kann enttäuscht sein.

Grundvertrag, Viermächte-Vereinbarung und die begleitenden Vereinbarungen waren, sind und bleiben aktive Schritte, um für viele Menschen mehr Menschenrechte zu schaffen. Es ist noch lange nicht genug erreicht. Aber wer könnte auch mehr erwarten, angesichts der Widersprüche, in denen sich der Ostblock innen- und außenpolitisch befindet. Daraus können wir nur eine Schlußfolgerung ziehen; den eingeleiteten Prozeß, der vielen Menschen bereits mehr Menschenrechte verschaffte als es vorher gab, fortzusetzen. Dies haben wir auch früher getan und nicht nur innerhalb des deutschen Interessenraumes.

Als der Putsch in Griechenland die Demokraten in Gefangenenlager und Zuchthäuser brachte, sind Sozialdemokraten nach Athen gefahren und haben den Kontakt mit den politischen Gefangenen erzwungen. Sozialdemokraten haben sie auf der Gefangeneninsel Laros besucht und von da an den Kontakt mit den oppositionellen Personen, die in der Gefahr lebten, fortlaufend aufrechterhalten - nicht ohne jedes Mal der Junta-Regierung zu verkünden, wie sie zu der Macht, die sie aufgerichtet hatte, stehen.

Hat Herr Strauß in Chile den Versuch gemacht, mit den politischen Gefangenen zu sprechen? Hat er Kontakt aufgenommen mit Menschen, die gefoltert worden sind, um sich ein Bild von der Wirklichkeit zu machen?

Herr Strauß hat in seiner Rede dem System seine Huldigung dargebracht und die Menschen verhöhrt: "Arbeiten Sie als loyale, fleißige, treue Bürger Ihres Landes am Aufbau und am weiteren Ausbau Ihres Landes. Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig von woher sie bedroht wird, erhalten bleibt."

Niemand wird ein Beispiel finden, daß ein Sozialdemokrat in irgendeinem Lande, sei es in einer westlich orientierten Diktatur oder in einem kommunistischen Land, sich je so geäußert hat, indem er einem unfreien Land sagt: "Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande erhalten bleibt."

In einem Interview im "Echo des Tages" vom 24. November 1977 sagte Strauß: "Ich habe nie behauptet, daß Herr Pinochet die Absicht habe, die alten, ja zum Teil in der Volks-

meinung - sehr verschlissenen Parteien wieder einzusetzen. Ich glaube, daß er eher daran denkt, politische Kräfte zu schaffen unter der Führung von jungen, energischen, tüchtigen und fleißigen Leuten, die also ihm die Garantie geben, daß das Militär nicht nach fünf oder acht Jahren in der gleichen Situation ist."

Auf die Frage, klingt das nicht ein bißchen zu fromm für ein Militärregime, antwortete Strauß: "Nicht für ein chilenisches Militärregime, denn das chilenische Militärregime ist ja in einem Jahrhundert, in der preußisch-deutschen Militärtradition erzogen worden."

Welch ein Hohn! Oder geschichtliche Irreführung?

Die preußisch-deutsche Tradition hat Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg, der vom deutschen Volk in gutem Glauben als Präsident der Weimarer Republik gewählt wurde, nicht daran gehindert, seinen Eid auf die Weimarer Verfassung, den er als Präsident geleistet hat, unter den Tisch zu fegen und Hitler die Macht über das Deutsche Reich zu übergeben, Arm in Arm mit Herrn Generaloberst von Blomberg, mit dem Stahlhelm und der SA.

Wieso nimmt Strauß an, daß die preußisch-deutsche Militärtradition in Chile anders gewahrt wird, als sie in Deutschland verlodert worden ist?

Die gestrige Debatte, die um die Frage der Menschenrechte ging, ist ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden, weil die Opposition wußte, daß Strauß sich in Chile falsch verhalten und etwas von seiner eigentlichen Gesinnung gezeigt hat und weil mit der KSZE eine Entwicklung eingeleitet wurde, in der der Kampf um die Menschenrechte eine neue Qualität erreicht hat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht aus Selbstverständnis und Tradition an der Seite der Unterdrückten, Verfolgten und Gefolterten. In der Wertschätzung der Menschenrechte und der Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen duldet sie keine Abstriche. Um der Hilfe für die Betroffenen willen, fordert der ernstgemeinte Kampf um Menschenrechte vor allem mehr konkrete Handlungen und weniger lautstarke Anklagen oder gar Propaganda.

(-/9.12.1977/ks/10)

+ + +